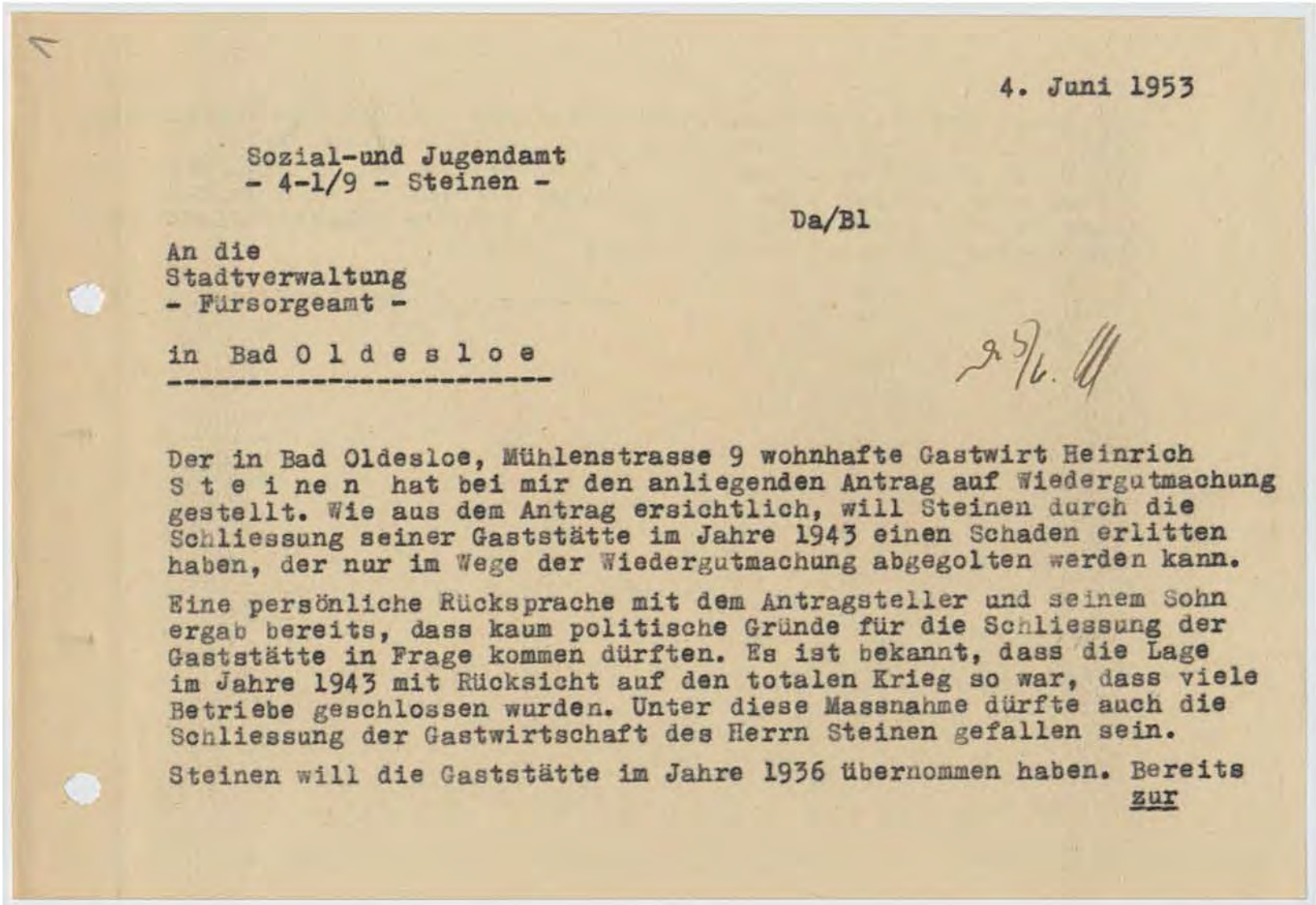


Kreisarchiv Stormarn B2

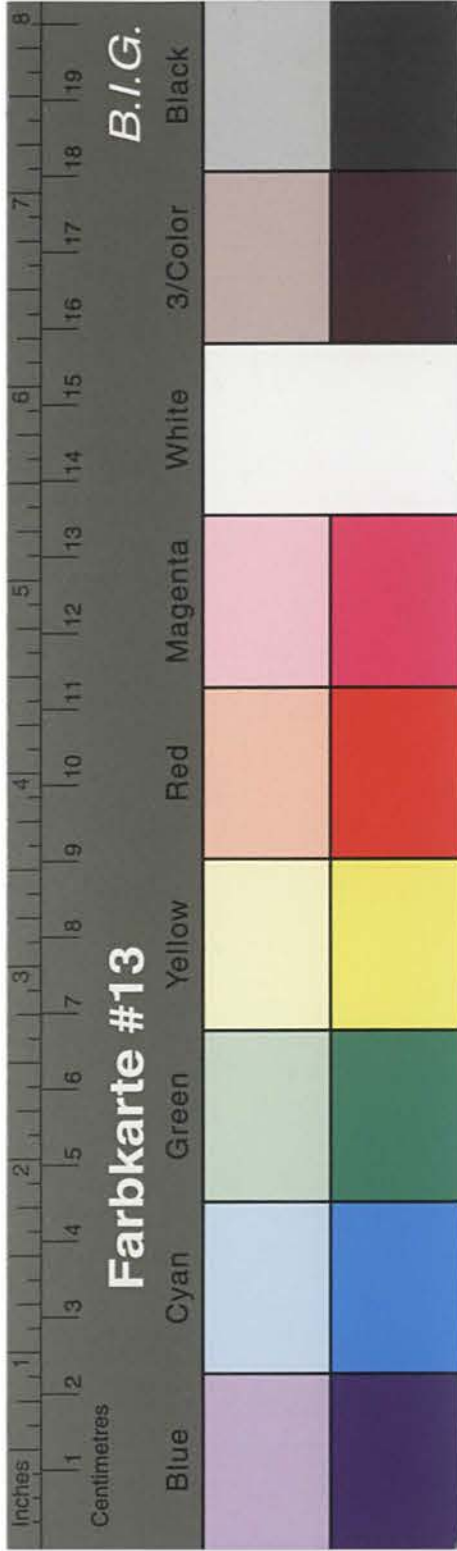
Kreisarchiv Stormarn

Bestand B 2

864



Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2

zur damaligen Zeit wird m.E. die Frage der politischen Zuverlässigkeit bei der Erteilung der Konzession geprüft worden sein. Bevor ich jetzt diesen Antrag der Landesregierung in Kiel weiterleite, wäre ich für eine Stellungnahme ihrerseits sehr dankbar, unter einem besonderen Hinweis auf die bereits gehabte telefonische Rücksprache mit Herrn Oberinspektor Schlüter.

Im Auftrage des Landrates:

29. Juni 1953

Sonderhilfsausschuss
4-1/9 - Steinen -

D./Ri.

11 An den
Herrn Innenminister
des Landes Schleswig - Holstein
- Ref. I 16 -

in Kiel
- - - - -

23/7. 11

Betrifft: Wiedergutmachung Heinrich S t e i n e n in Bad Oldesloe.
Bezug: Ohne.

In der Anlage überreiche ich einen Antrag auf Wiedergutmachung des in Bad Oldesloe, Mühlenstr. 9, wohnhaften Gastwirts Heinrich Steinen mit der Bitte um die dortige Entscheidung.

Ich füge eine von mir eingezogene Stellungnahme der Stadtverwaltung Bad Oldesloe vom 24.6.53 bei und bitte um Rückgabe derselben nach Entscheidung.

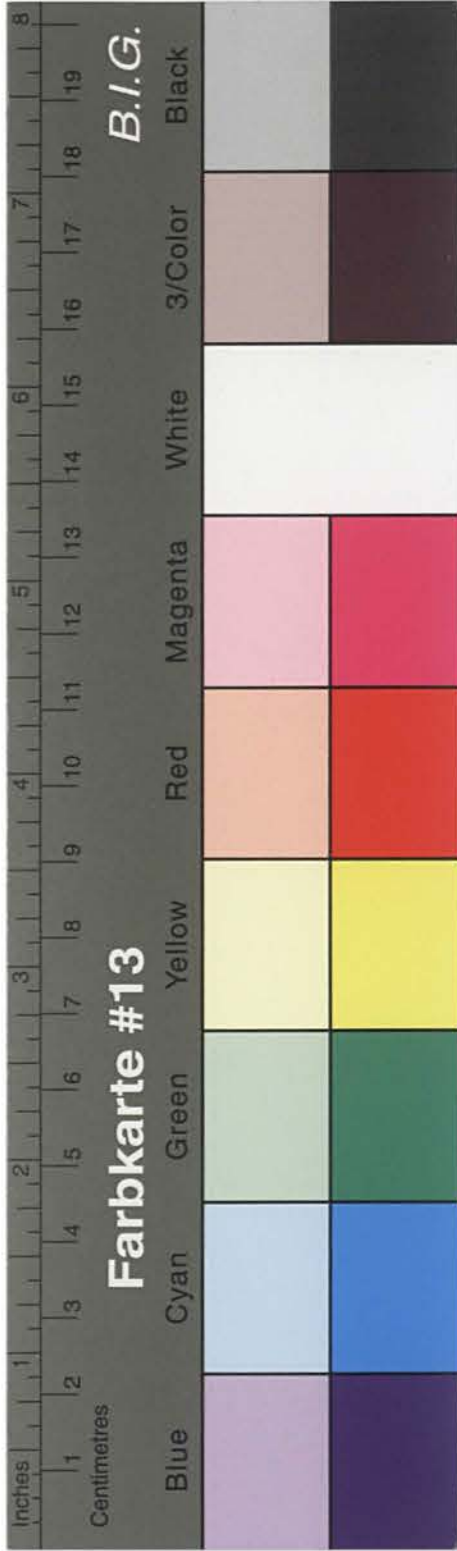
Anlässlich einer persönlichen Rücksprache mit dem Antragsteller und seinem Sohn musste bereits festgestellt werden, dass ein Wiedergutmachungsanspruch voraussichtlich nicht geltend gemacht werden könne.

Wenn der Antragsteller sich gegenwärtig in finanziellen Schwierigkeiten befindet, so ist ihm meinerseits vorgeschlagen worden, zu prüfen, ob das Gaststättengewerbe abgemeldet werden kann. Der Antragsteller dürfte in der Lage sein, von den Mieteinnahmen einen gesicherten Lebensunterhalt zu führen. Es ist amtsbekannt, dass die Gaststätte gegenwärtig nur einen sehr geringen Umsatz hat.

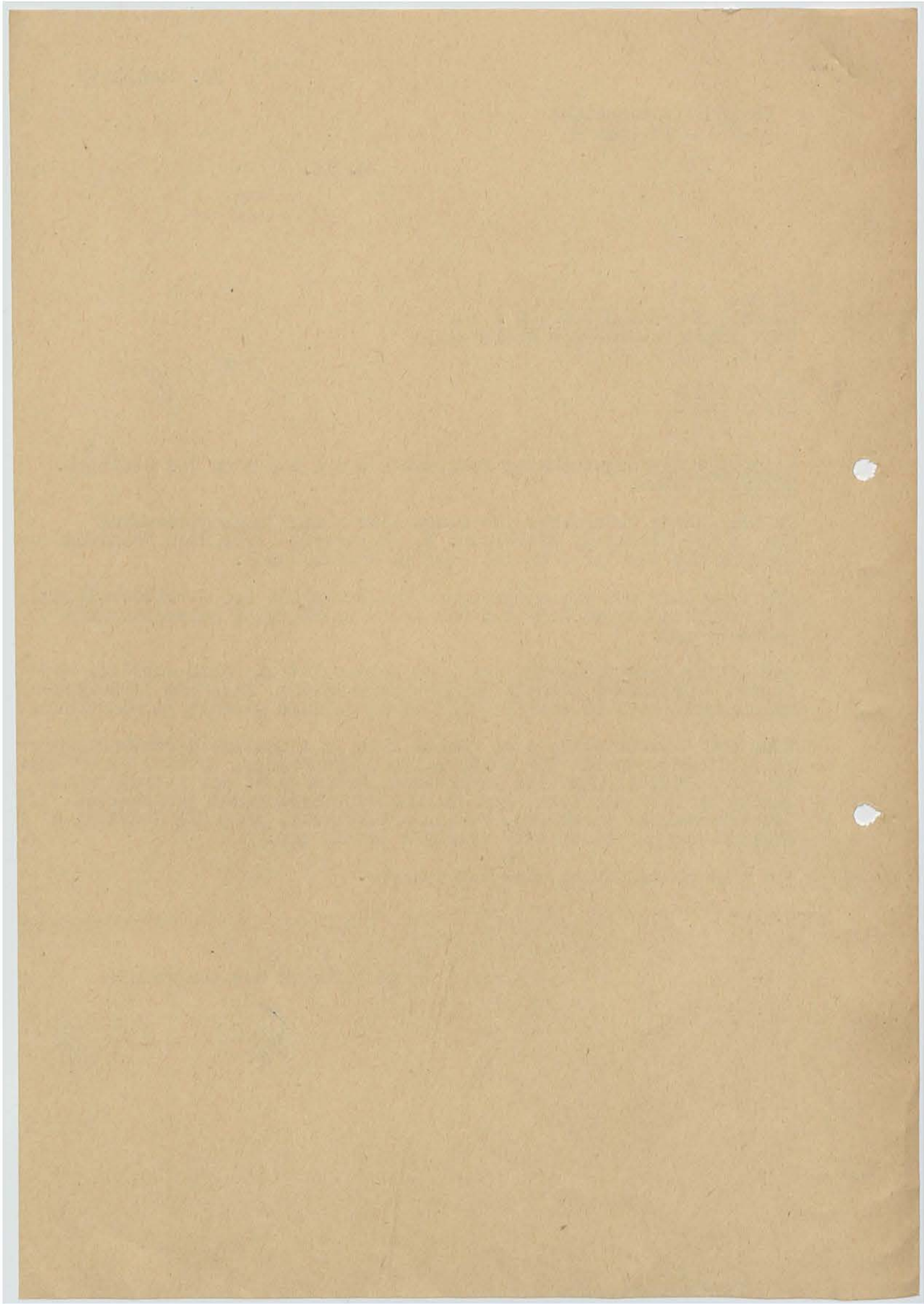
Für eine Entscheidung wäre ich dankbar.

24-


Im Auftrage des Landrates:



Kreisarchiv Stormarn B2



3



KREIS STORMARN
Der Kreisausschuß
Sonderhilfsausschuß
4-1/9 - Steinen -
G. Z.

Bad Oldesloe, den 29. Juni 1953
Fernruf Sammel Nr. 151
Bank-Konto: Nr. 1025 bei der Kreissparkasse
Postscheck-Konto: Hamburg 13
Sprechstunden:
Montags, mittwochs, und freitags v. 8-12 Uhr
D./Ri.
Bei Antwort
Aktenzeichen angeben.

An den
Herrn I n n e n m i n i s t e r
des Landes Schleswig - Holstein
- Ref. I 16 -

in K i e l
- - - - -

**LANDESREGIERUNG
SCHLESWIG-HOLSTEIN
Eing. - 4. JULI 1953
Anlagen**

Betrifft: Wiedergutmachung Heinrich S t e i n e n in Bad Oldesloe.
Bezug: Ohne.

In der Anlage überreiche ich einen Antrag auf Wiedergutmachung des in Bad Oldesloe, Mühlenstr. 9, wohnhaften Gastwirtes Heinrich Steinen mit der Bitte um die dortige Entscheidung.

Ich füge eine von mir eingezogene Stellungnahme der Stadtverwaltung Bad Oldesloe vom 24.6.53 bei und bitte um Rückgabe derselben nach Entscheidung.

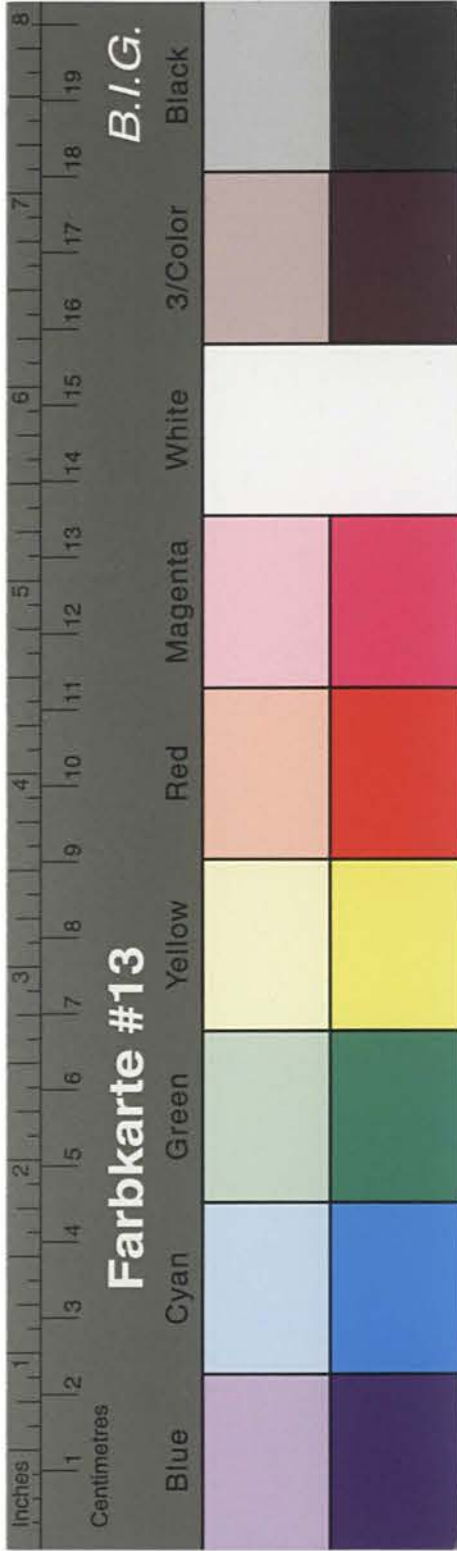
Anlässlich einer persönlichen Rücksprache mit dem Antragsteller und seinem Sohn musste bereits festgestellt werden, dass ein Wiedergutmachungsanspruch voraussichtlich nicht geltend gemacht werden könne.

Wenn der Antragsteller sich gegenwärtig in finanzielle Schwierigkeiten befindet, so ist ihm meinerseits vorgeschlagen worden, zu prüfen, ob das Gaststättengewerbe abgemeldet werden kann. Der Antragsteller dürfte in der Lage sein, von den Mieteinnahmen einen gesicherten Lebensunterhalt zu führen. Es ist amtsbekannt, dass die Gaststätte gegenwärtig nur einen sehr geringen Umsatz hat.

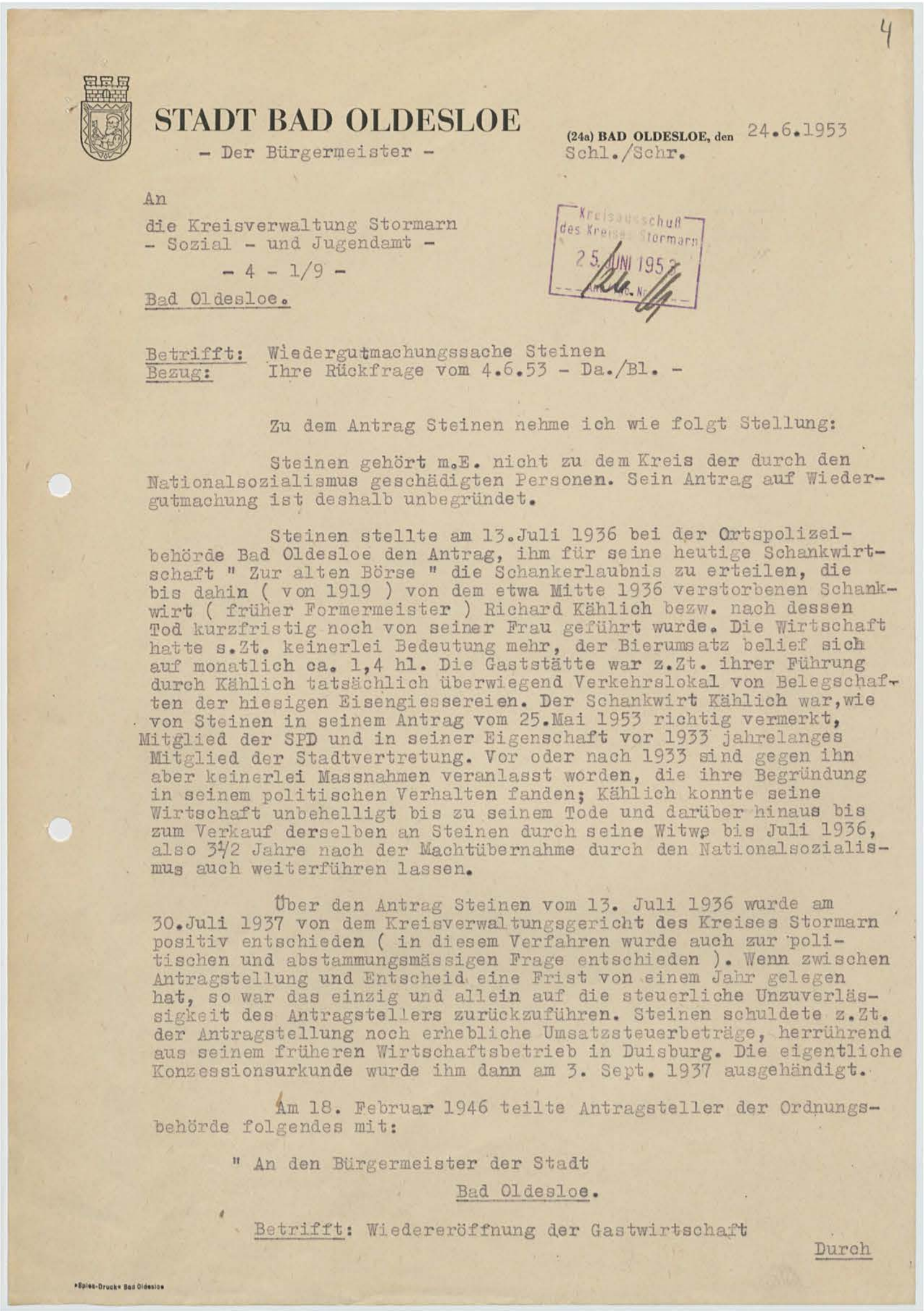
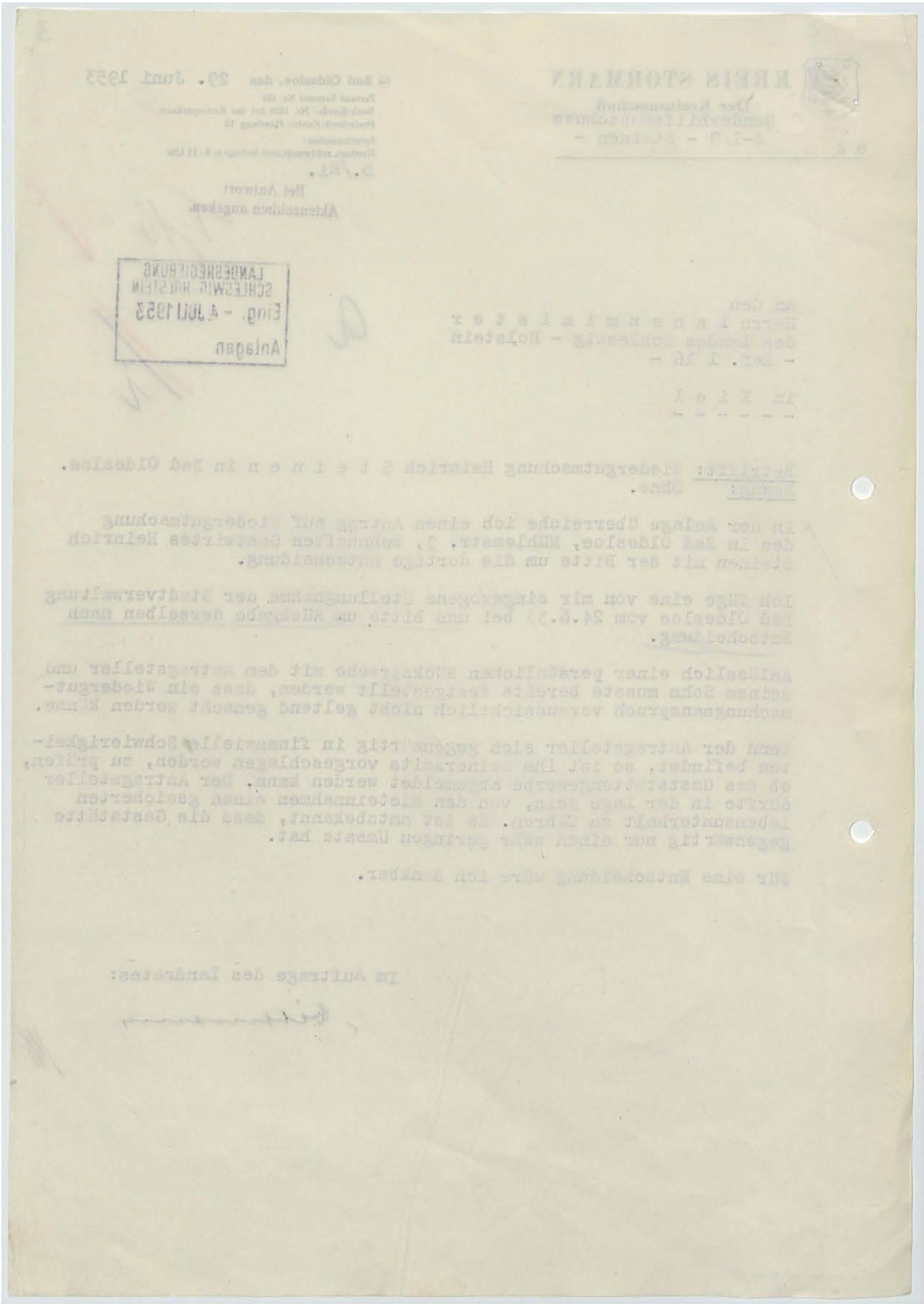
Für eine Entscheidung wäre ich dankbar.

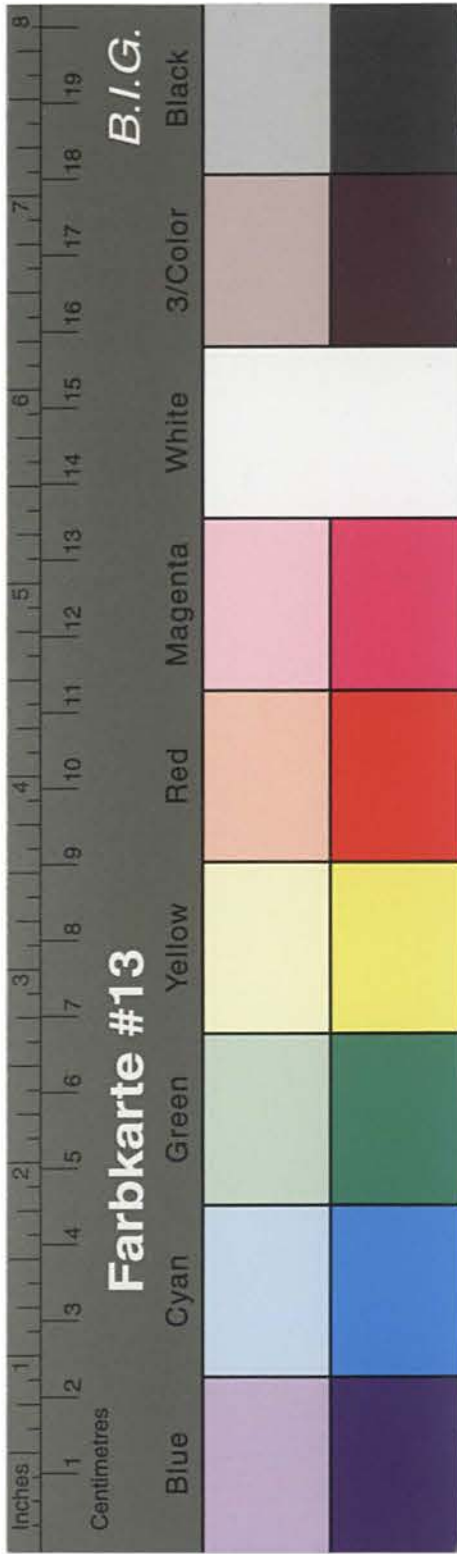
Im Auftrage des Landrates:
Bismann

K. Stinnergut, Bad Oldesloe 1955

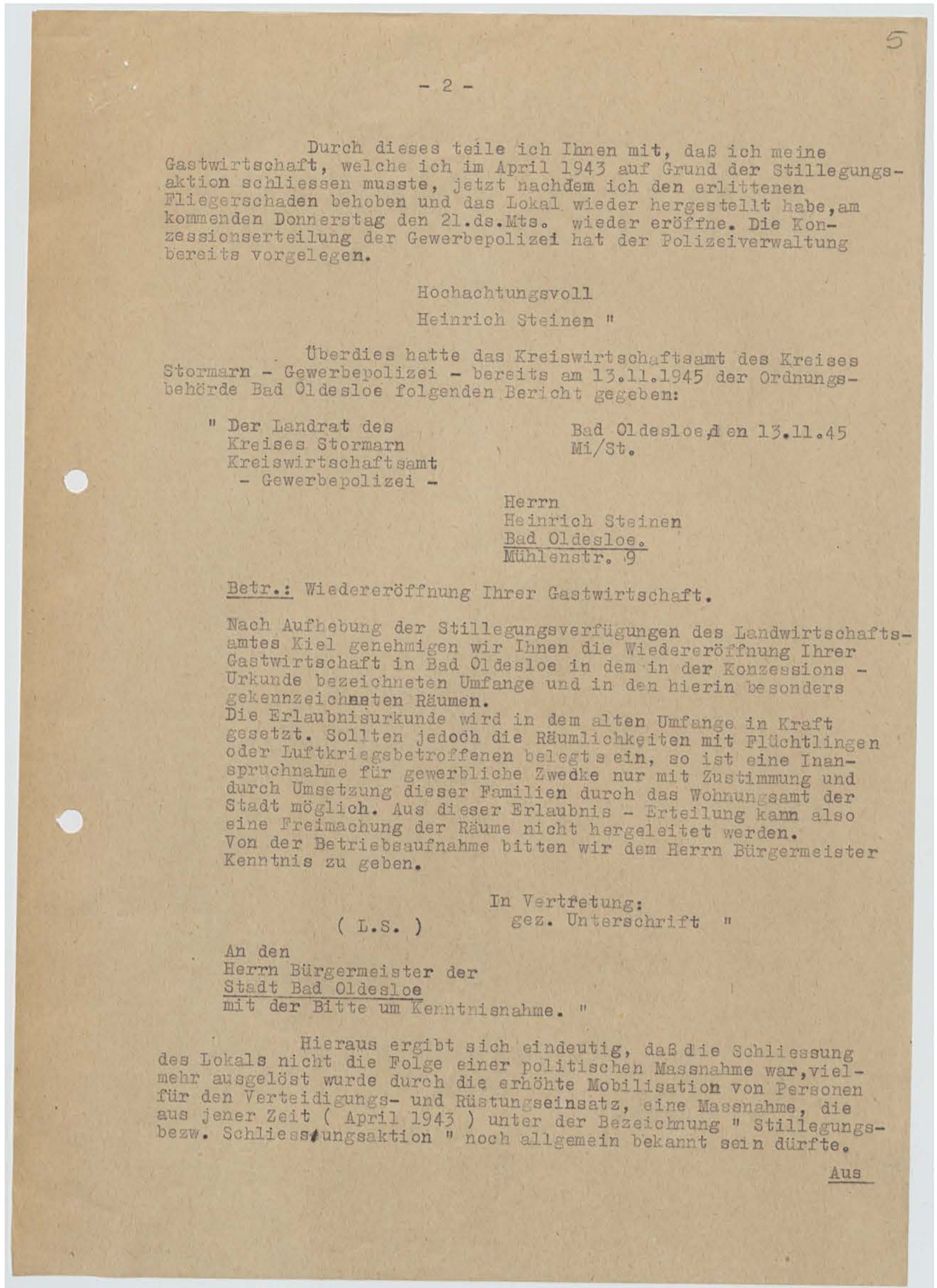
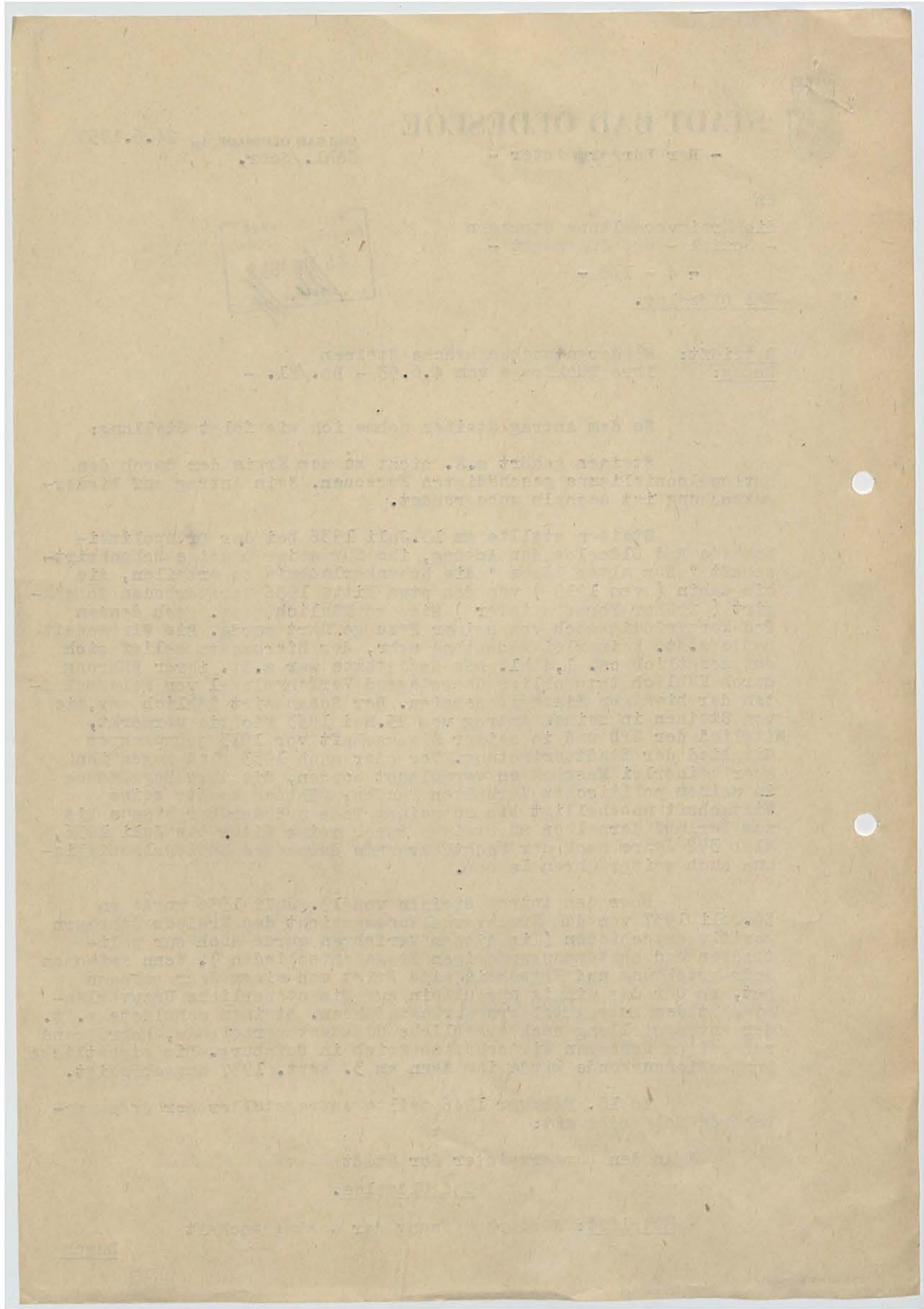


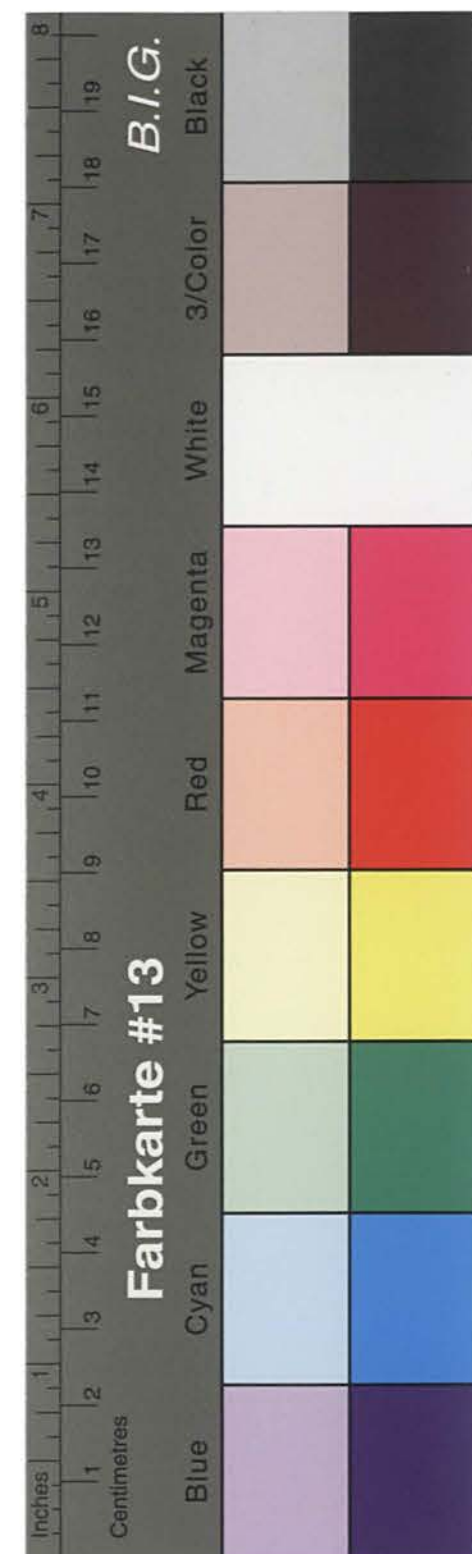
Kreisarchiv Stormarn B2



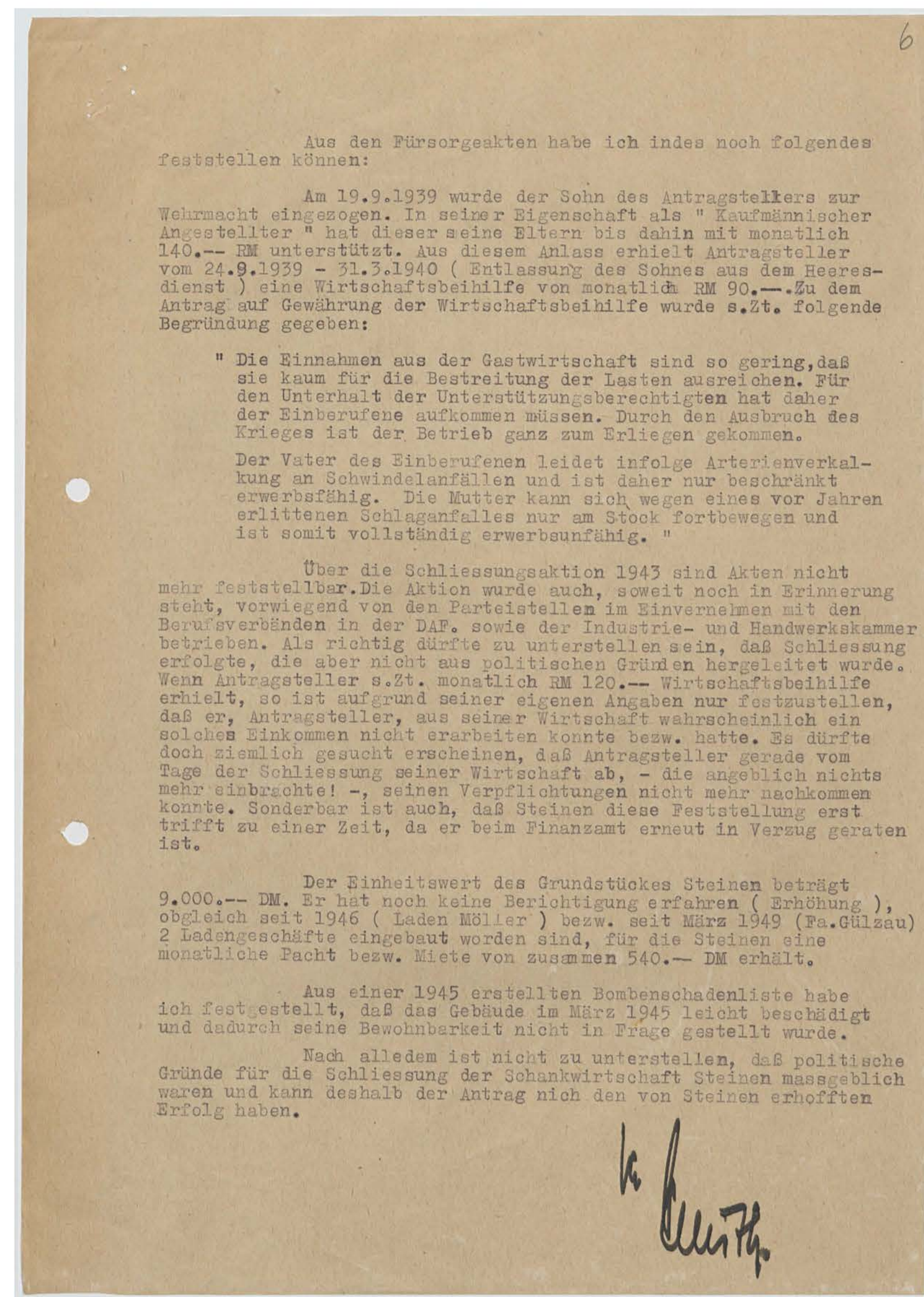
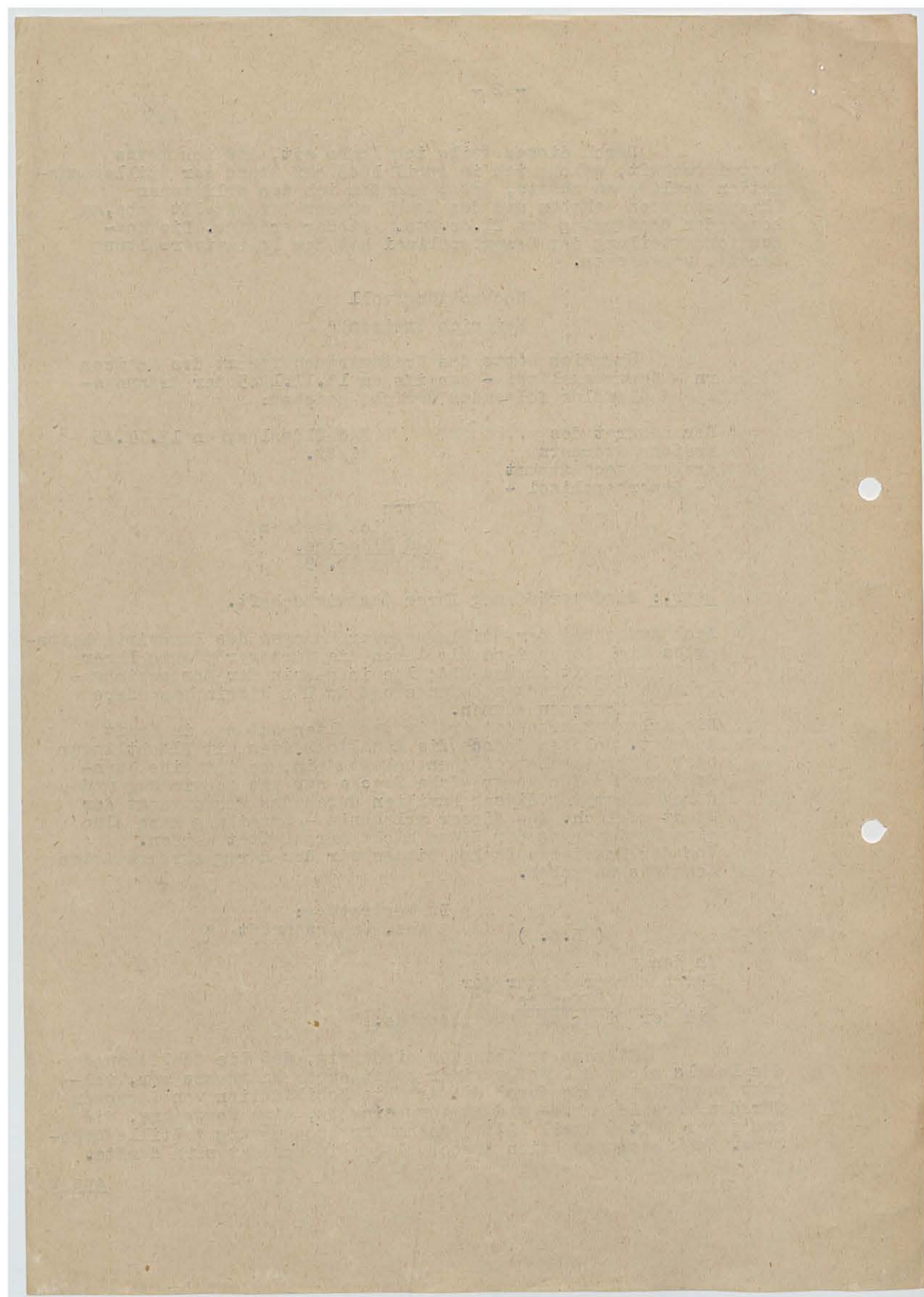


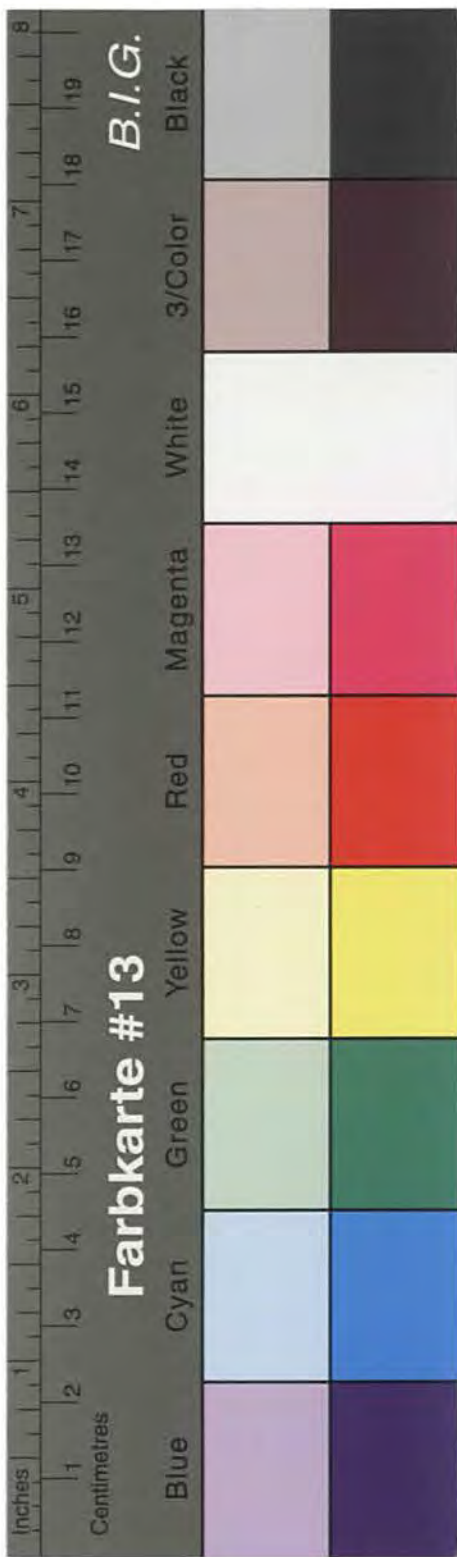
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

gedrängt hatte, zu bezahlen. 20.000,- Mark liess ich als erste Hypothek auf der Grundstück stehen. Nach der Währungsreform 1: 10 blieben mir also nur noch DM. 2.000,-. Nachdem ich im Laufe der Zeit wieder beim Finanzamt in Rückstand gekommen war, musste ich diese Resthypothek auch zu Geld machen um das Finanzamt zu befriedigen. Ich habe jetzt nichts mehr. Aber eine erneute dringende Forderung des Finanzamtes liegt vor und ist fällig. Die Mieten sind mir gepfändet. Man liess mir nichts mehr. Kein Geld zu Leben und meine sonstigen Schulden zu bezahlen. Kein Geld zum Einkauf und Kein Geld für laufende Wechsel. Mein Geschäft ist erledigt.

Dieser ganze Entwicklungsgang findet seine Ursache in der seinerzeitigen Stilllegung, ich bin dadurch in Schulden gekommen und kann jetzt in dieser ungesunden, nicht mehr daraus kommen. Durch die jahrelange Stilllegung ist der alte Kundenstamm der Gewerkschaftler usw. ganz von meinem Lokal abgekommen und hat sich verlaufen.

Ich beantrage eine Wiedergutmachung. Sollte die Frist zur Beantragung einer Wiedergutmachung bereits abgelaufen sein, bitte ich die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Da sich wie vorher nachgewiesen die Auswirkung durch die Schliessung meines Geschäftes erst jetzt voll zeigen. Beweismaterial in den verschiedenen angeführten Punkten steht Ihnen gerne zur Verfügung. Für besondere Nachfragen und Erklärungen stehe ich selbst jederzeit gerne zur Verfügung und hoffe, dass Sie meine Angelegenheit mit dem entsprechenden Verständnis für meine Lage bearbeiten. Ihrer bitte baldigen Nachricht diesbezüglich sehe ich entgegen.

Hochachtungsvoll
Heinrich Steinen
Heinrich Steinen, Gastwirt, Bad Oldesloe
Mühlenstr. 9

P.S. Ich bin jetzt 68 Jahre und nicht mehr arbeitsfähig. Ich bin in keiner Krankenkasse und beziehe auch keine Invalidenunterstützung oder Rente.

Vfg.
Kiel, den 24. Juli 1953
Z/Schl.

1.) Herrn
Heinrich Steinen
Bad Oldesloe
Mühlenstraße 9

Betrifft: Wiedergutmachung
Bezug: Ihr Antrag vom 25. Mai 1953

Nach den z.Zt. bestehenden Landesgesetzen können Sie eine Entschädigung nicht erhalten.
Ob das vom Bundestag am 3. Juli ds. Js. beschlossene Bundesentschädigungsgesetz eine Möglichkeit bietet, vermag ich heute noch nicht zu sagen. Ich stelle eine erneute Nachfrage beim Kreissonderhilfsausschuß in Bad Oldesloe anheim, wenn das Bundesentschädigungsgesetz in Kraft ist.

2.) Urschriftlich mit Anlagen
dem Herrn Landrat des Kreises Stormarn
- Kreissonderhilfsausschuß -
in Bad Oldesloe
zur Kenntnis und zum Verbleib übersandt.

Der Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein
I 16 a
Ref. Im Auftrage.

Kreisausschuß
des Kreises Stormarn
24. JUL 1953

Kreis Stormarn
Der Landrat
- Kreisentschädigungsamt -
4-1/9

Bad Oldesloe, den 31. Dezember 1953

Herrn/Frau/Fräulein
Heinrich Steinen,
Bad Oldesloe
Mühlenstr. 9.

in

Von dem Herrn Innenminister des Landes Schleswig - Holstein habe ich inzwischen die Antragsformulare auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung erhalten.

In der Anlage übersende ich Ihnen daher eine Anleitung zur Ausfüllung des Entschädigungsantrages und zwei Antragsvordrucke mit der Bitte, bei der Ausfüllung der Fragebogen die Anleitung genauestens zu beachten.

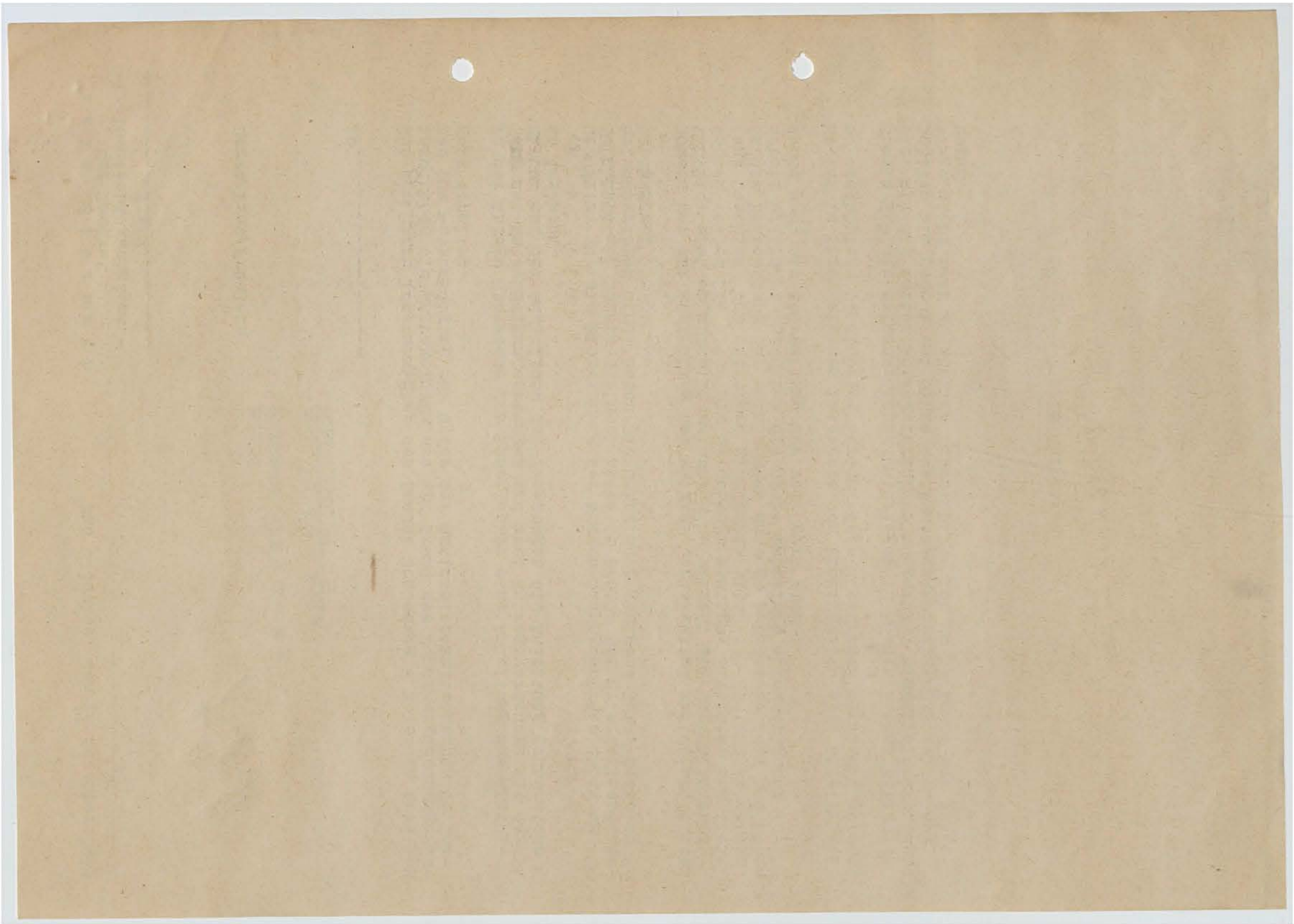
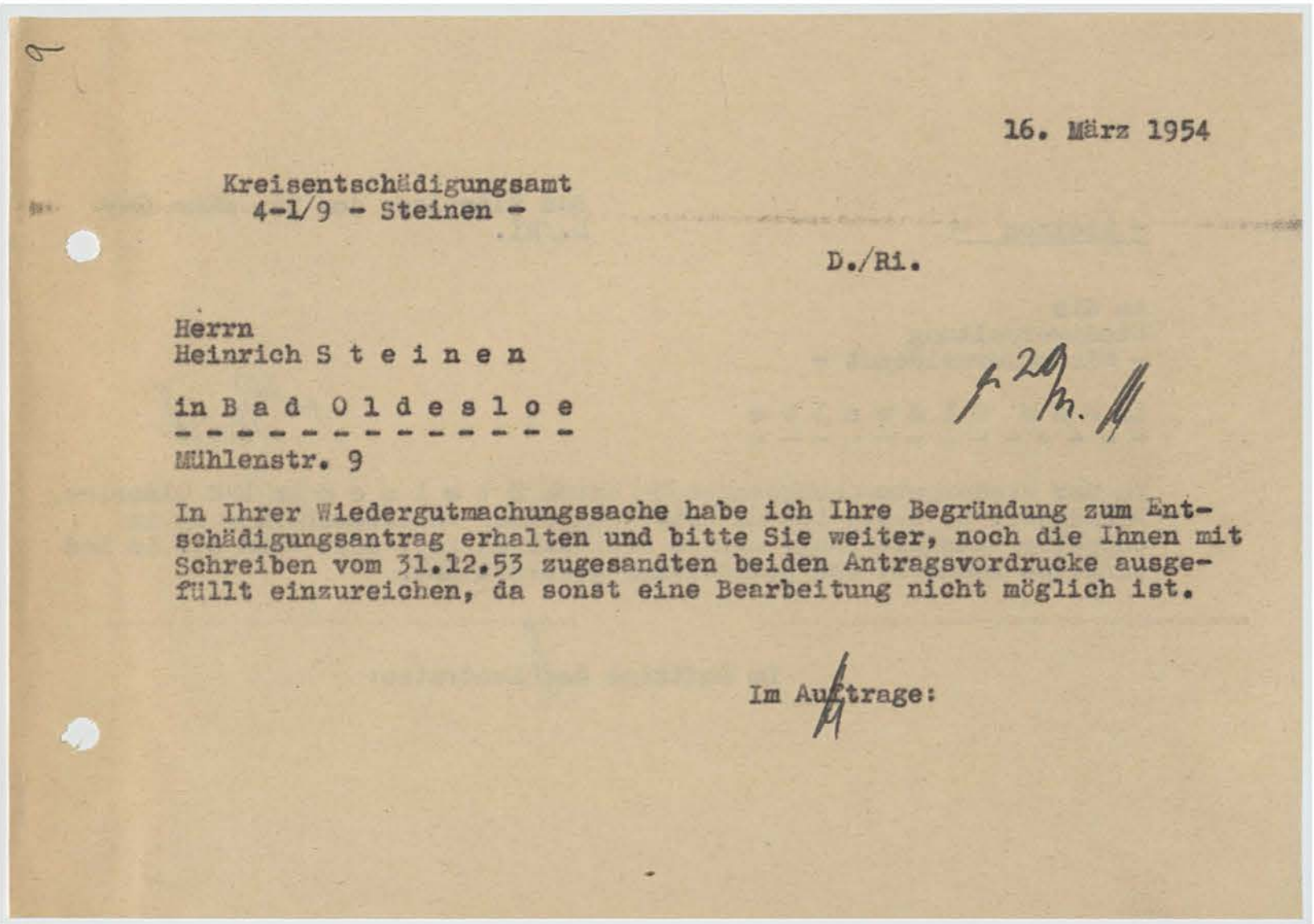
Die Frist für die Einreichung der Entschädigungsanträge läuft am 30.9.1954 ab. Soweit Sie noch nicht im Besitz der erforderlichen Beweisunterlagen sind, haben Sie daher noch genügend Zeit, diese zu beschaffen.

Soweit bei der Ausfüllung der Anträge Unklarheiten auftreten, bitte ich Sie, sich an meine Dienststelle zu wenden. Bei persönlichen Besuchen wollen Sie bitte die Sprechstage montags, mittwochs und freitags beachten. Von unnötigen Rückfragen bitte ich Abstand zu nehmen, da die Bearbeitung der anfallenden Anträge erhebliche Zeit und Mehrarbeit erfordert und durch die nicht unbedingt erforderlichen Besuche usw. die Bearbeitung nur verzögert wird.

Es ist in Ihrem eigenen Interesse von Wichtigkeit, dass alle Fragen so erschöpfend beantwortet werden, dass Rückfragen vermieden werden.

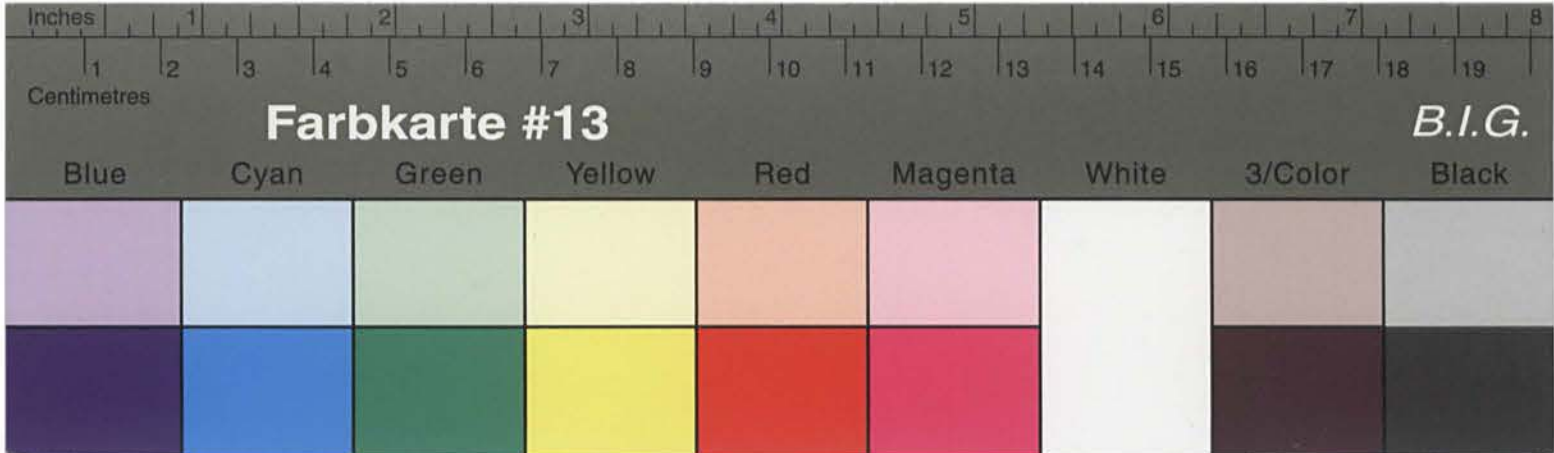
Sobald Sie die erforderlichen Unterlagen in Händen haben, bitte ich Sie, mir die beiden Antragsformulare ausgefüllt wieder einzureichen. Sollten Sie jedoch auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes Anträge nicht mehr zu stellen haben, bitte ich um Rückgabe der Fragebogen.

Im Auftrage:
Heinrich Steinen

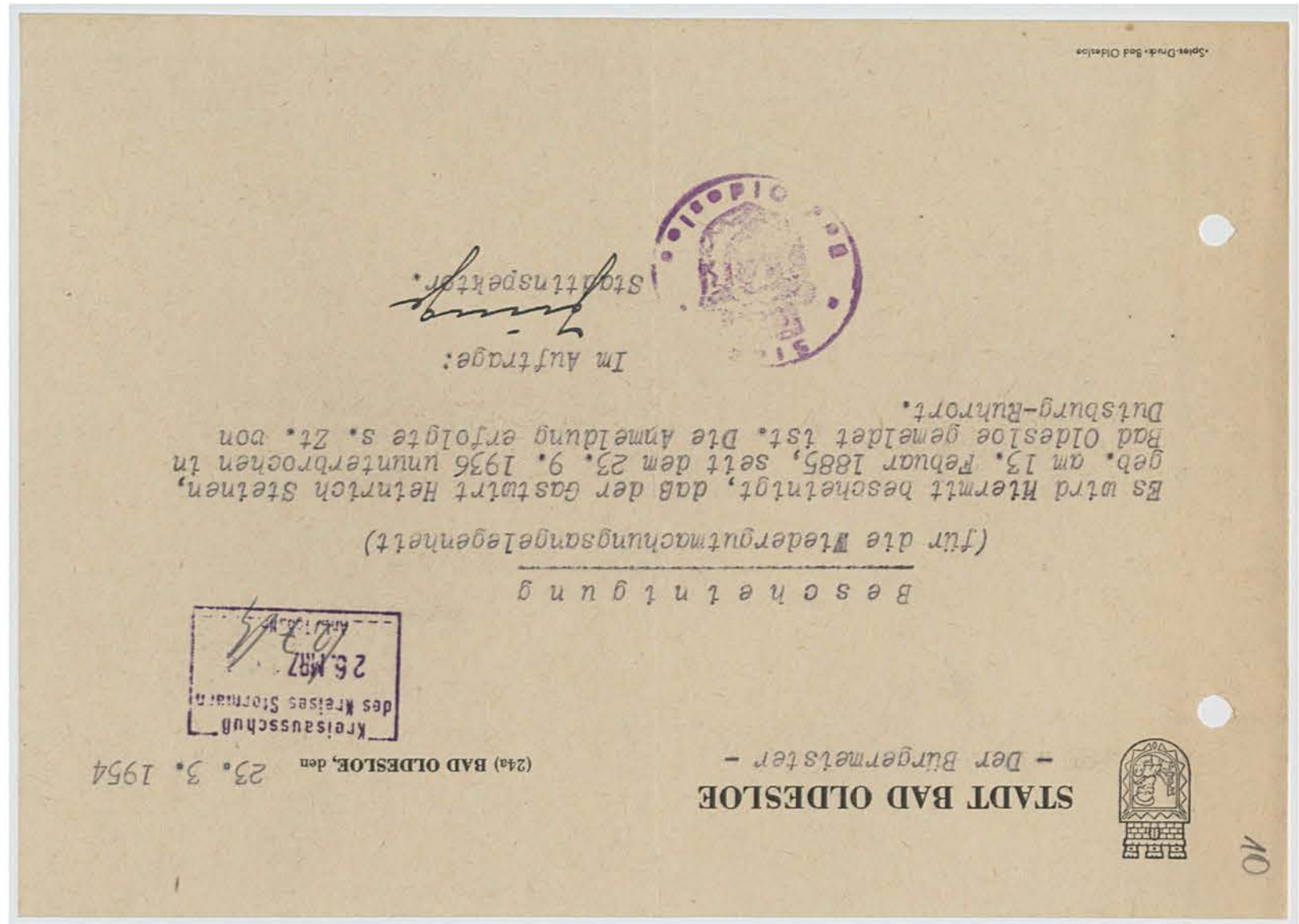
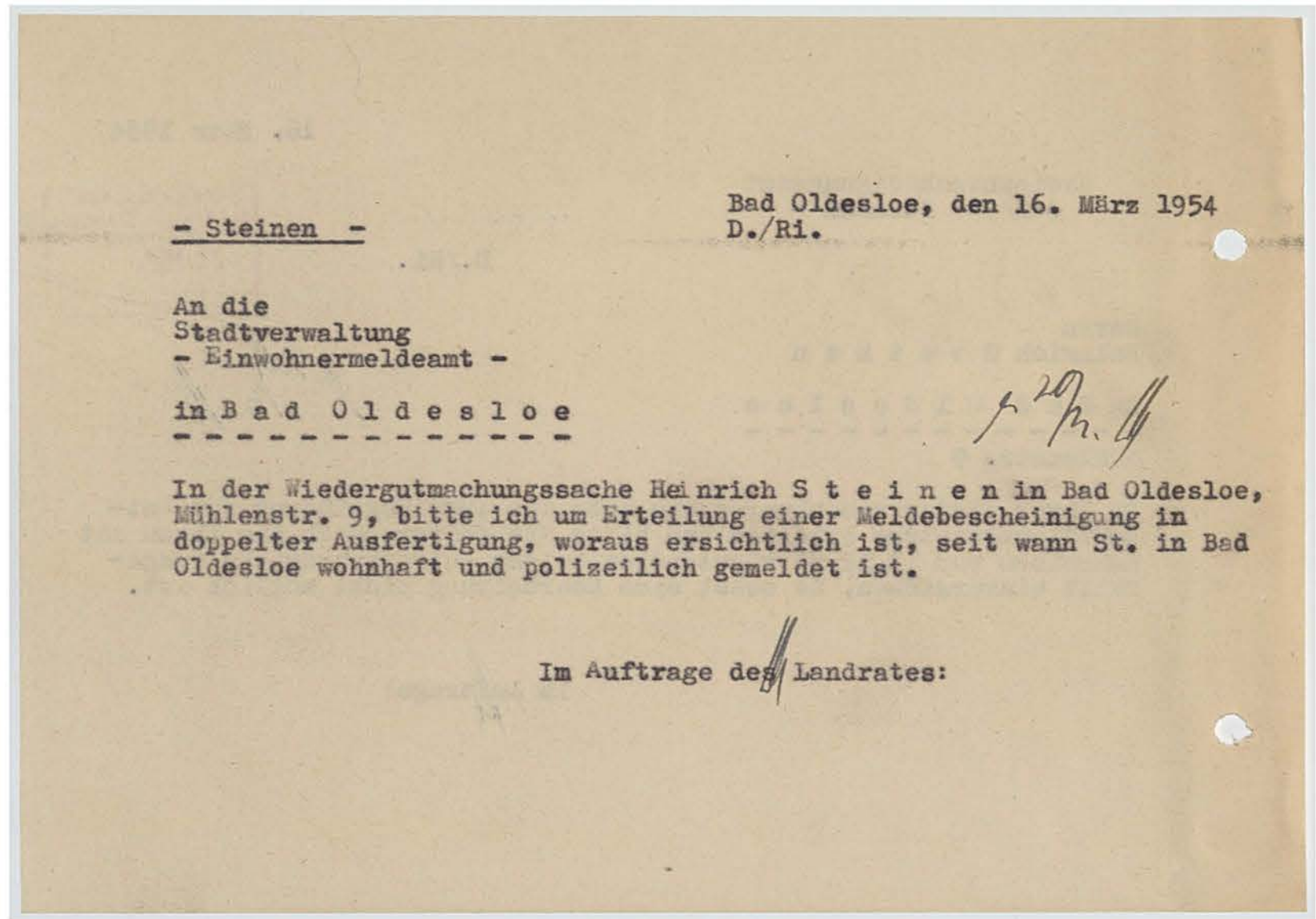


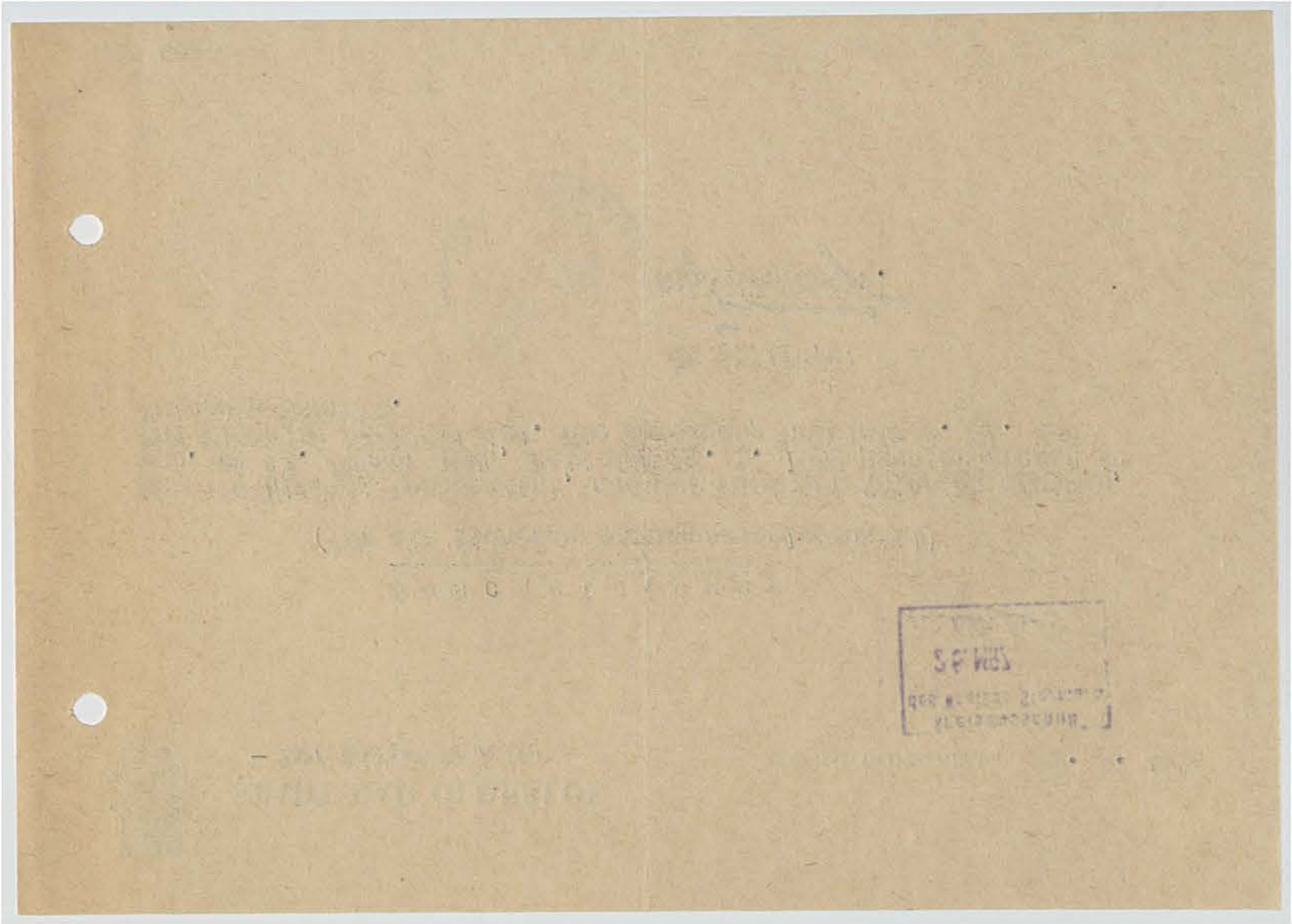
Kreisarchiv Stormarn B2





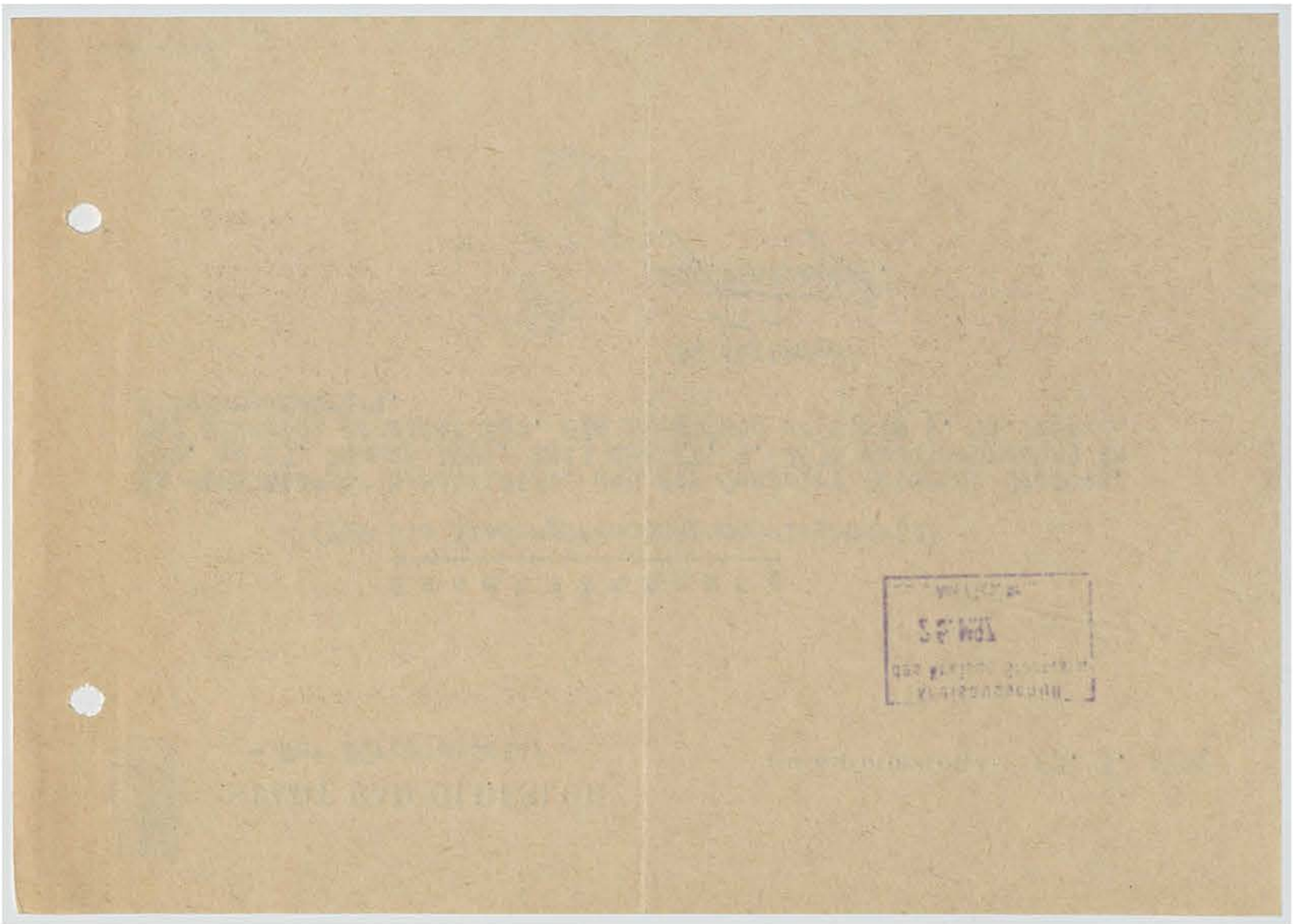
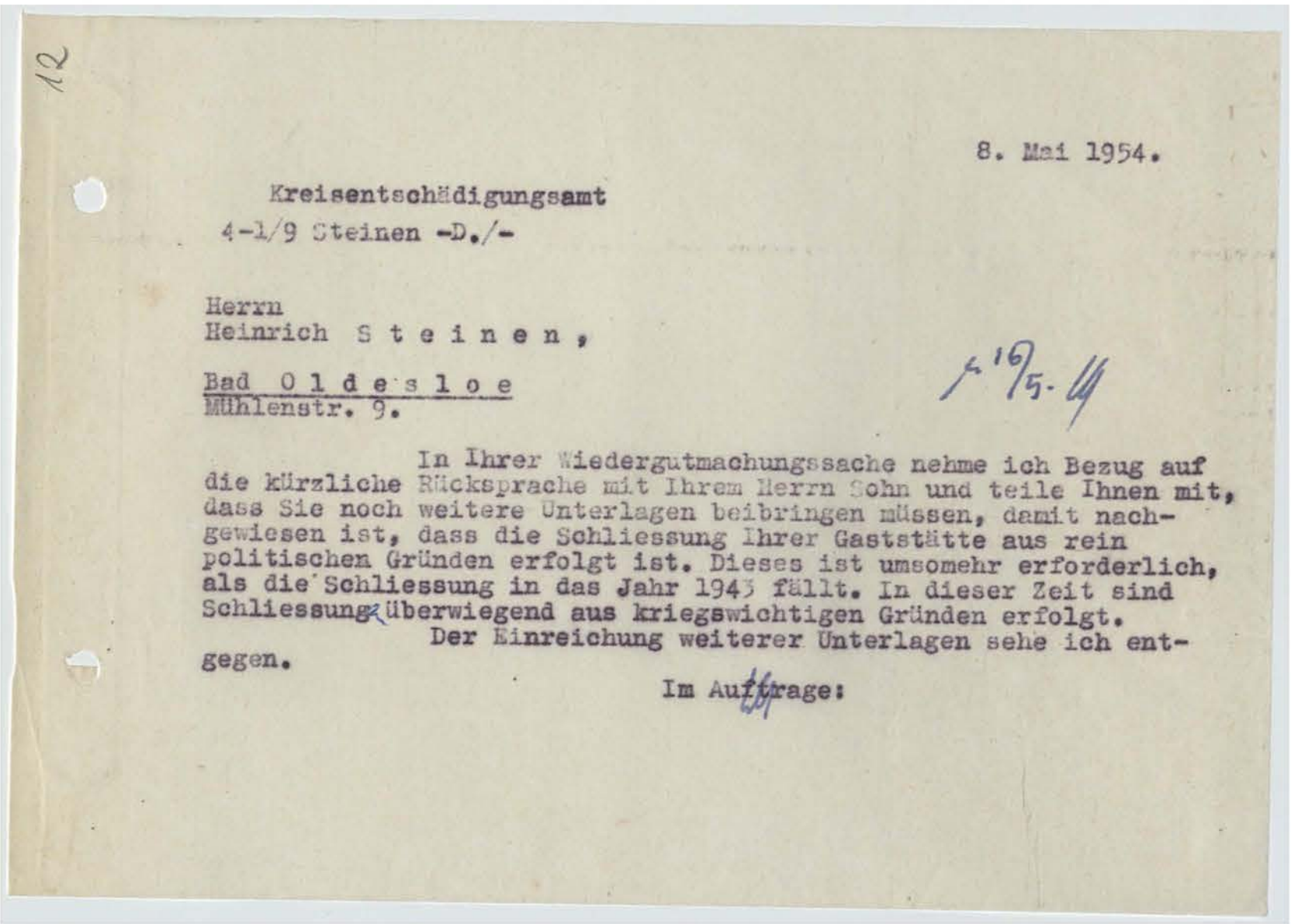
Kreisarchiv Stormarn B2





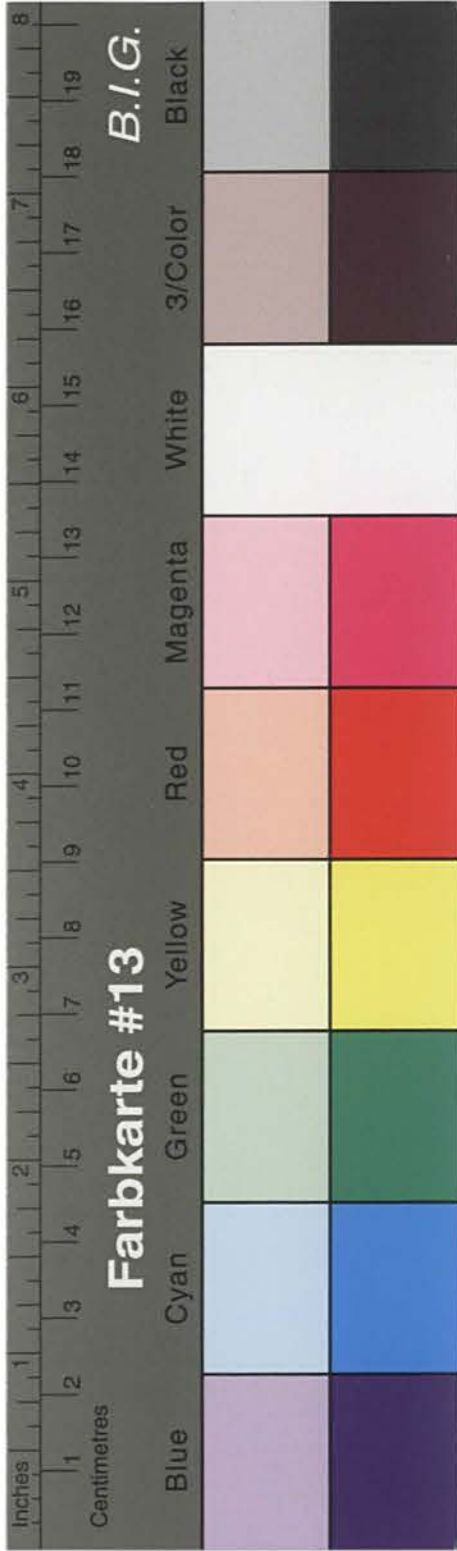
Kreisarchiv Stormarn B2



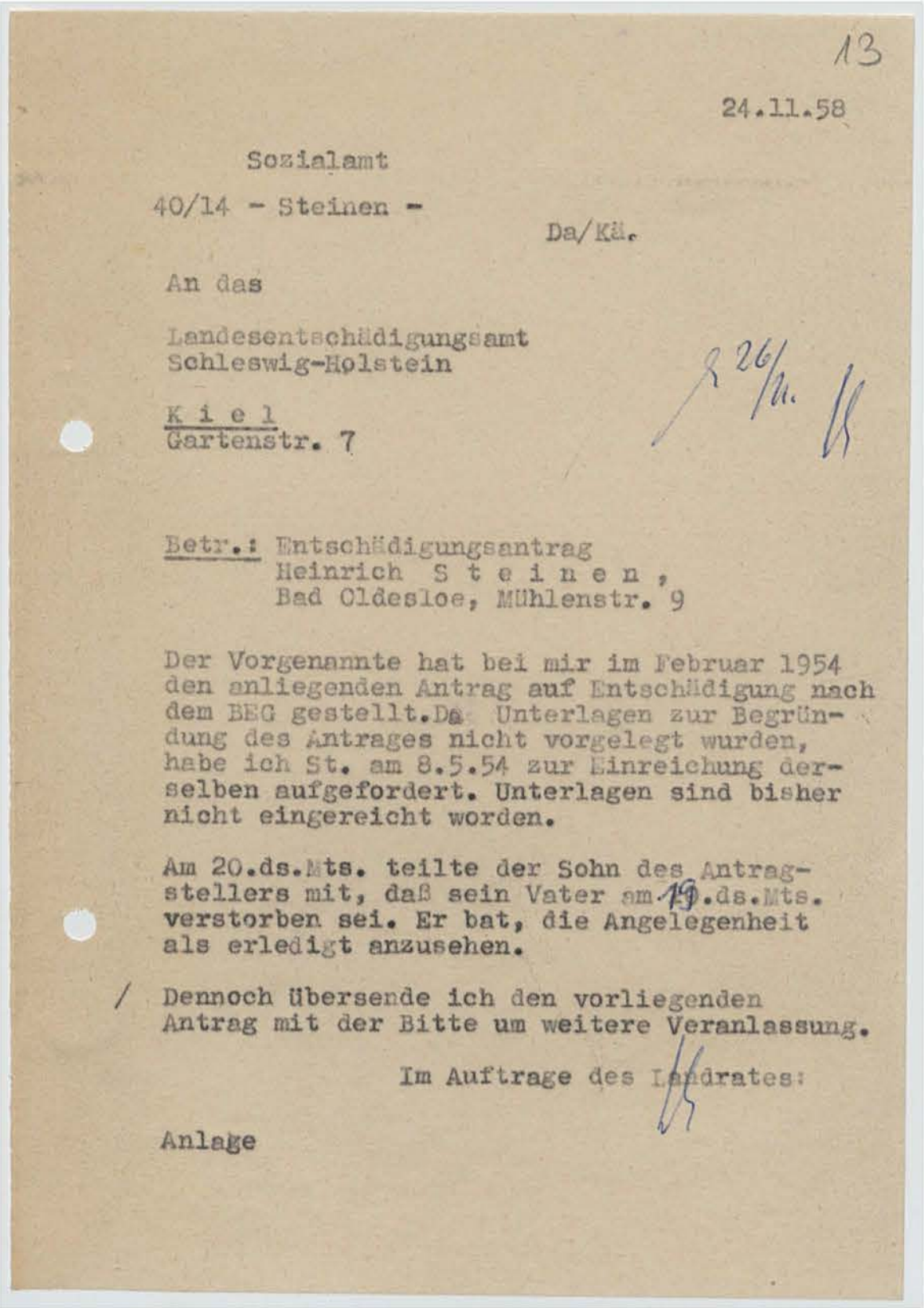
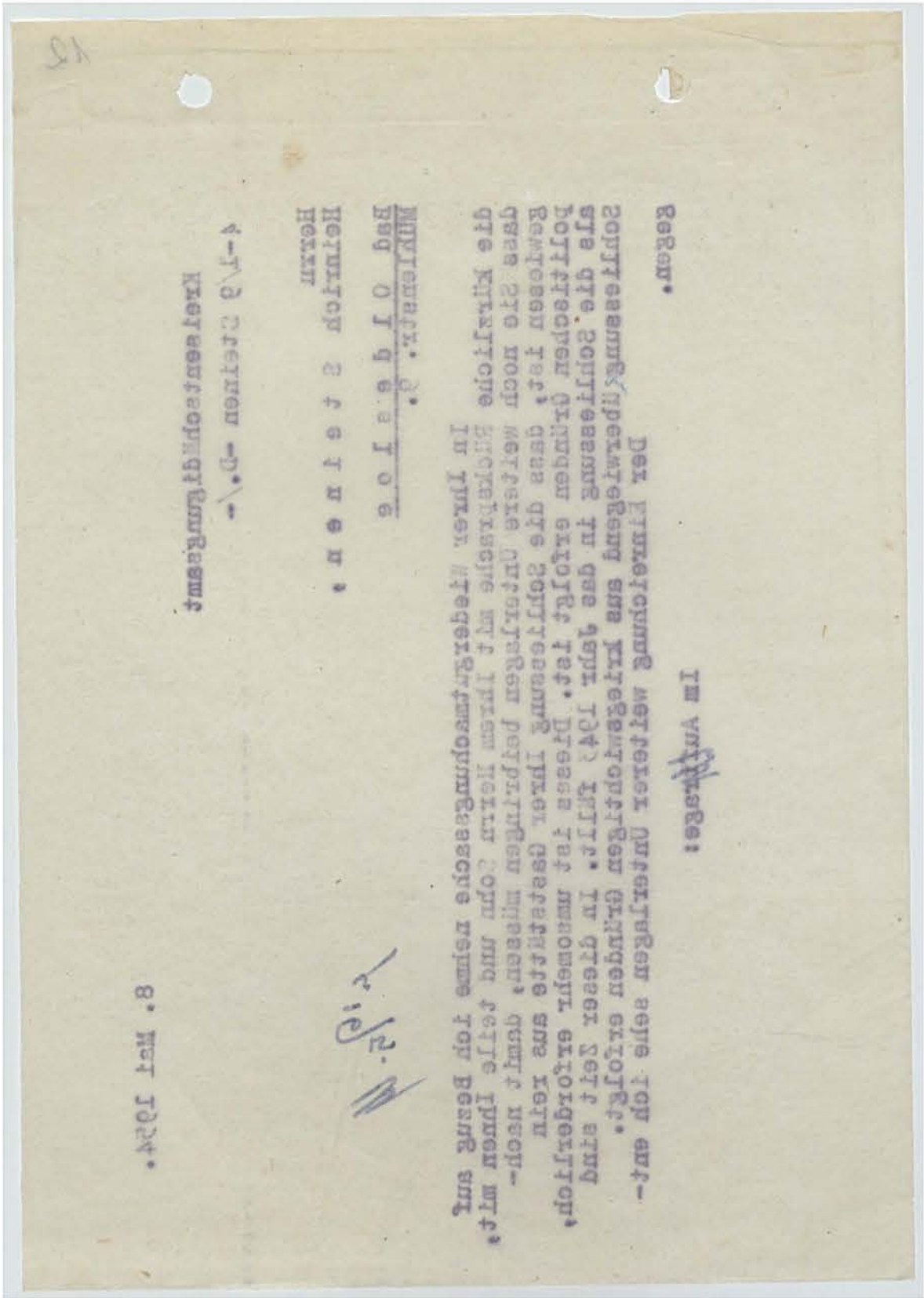


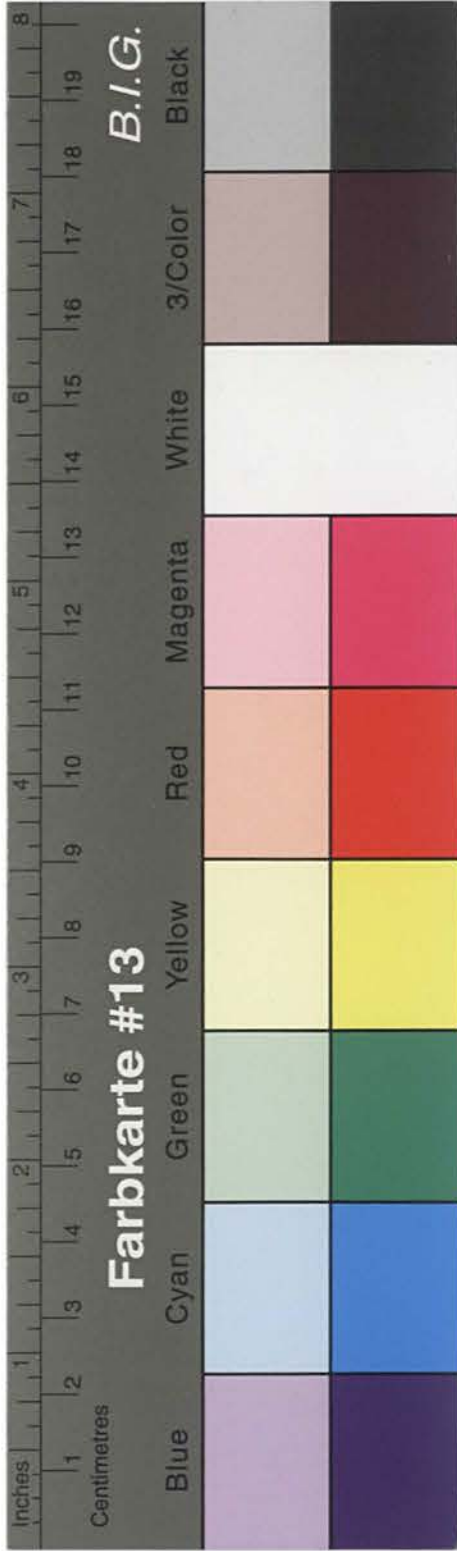
Kreisarchiv Stormarn B2



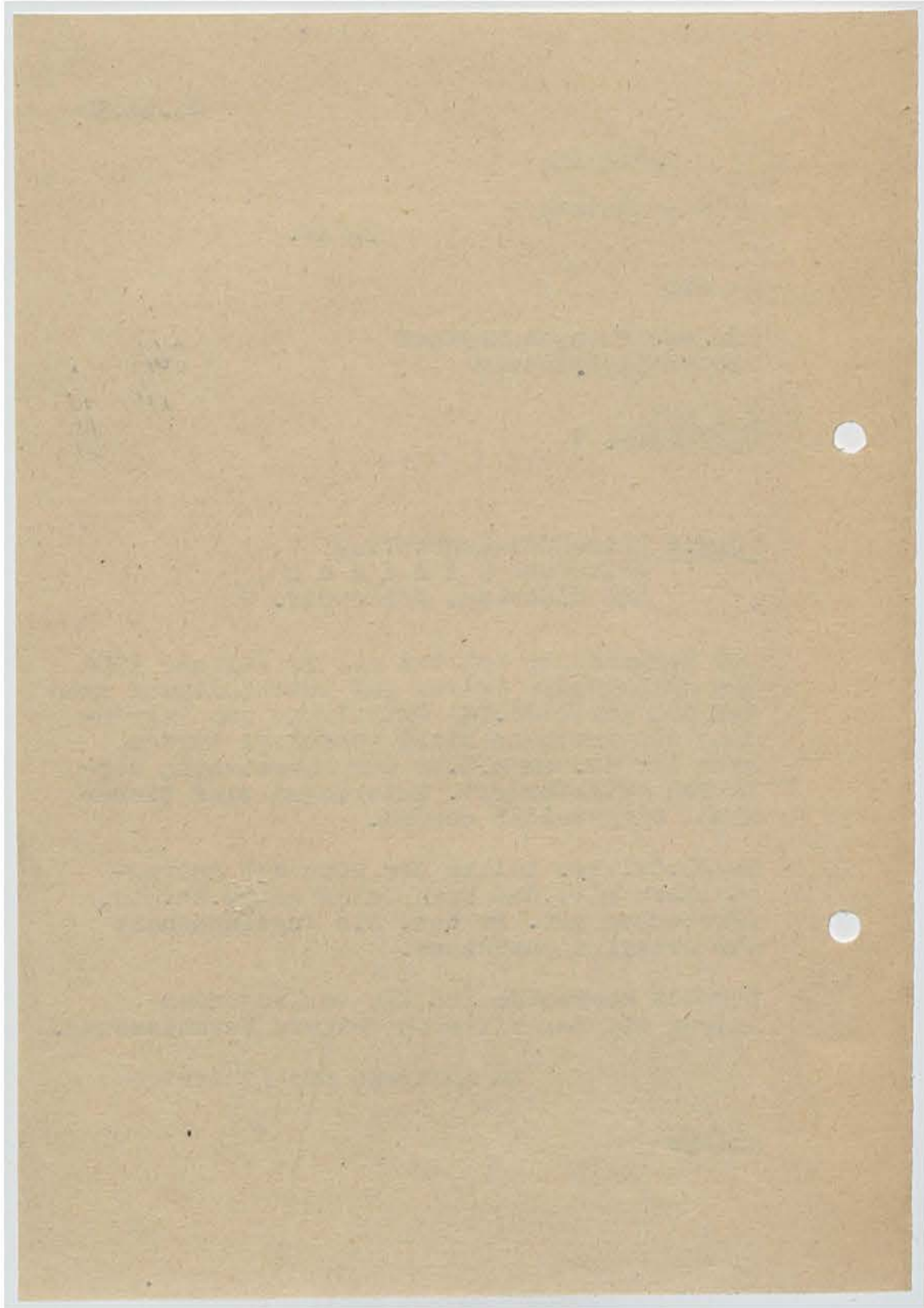


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



14

Original

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!
In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!
Nicht Zutreffendes streichen!

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:
.....
(Eingangsstempel)

mit Anlagen

Nr.

Empfangsbestätigung erteilt am

Antrag
auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG)
vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

I. Anspruchsberechtigte(r)

1. Name: Heinrich Steinen,

Vornamen:
Geburtstag und -ort (Kreis, Land):
13.2.1885 Meerhoog, Kreis Rees
Rheine
Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land):
Bad Oldesloe, Mühlenstr. 9
.....
(Straße und Haus-Nr.)

Familienstand: ~~led.~~ / ~~verw.~~ / verw. ~~verw.~~
Anzahl der Kinder: 1 Alter der Kinder: 38 Jahre
Staatsangehörigkeit: frühere: Dtsch. jetzige: Dtsch.

2. Beruf:
Erlernter Beruf: Gastwirt
Jetzige berufliche Tätigkeit: ohne

3. Sind Sie selbst verfolgt worden? ja / nein
Wenn ja:
Wegen Ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? ja / nein
Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:
.....
.....

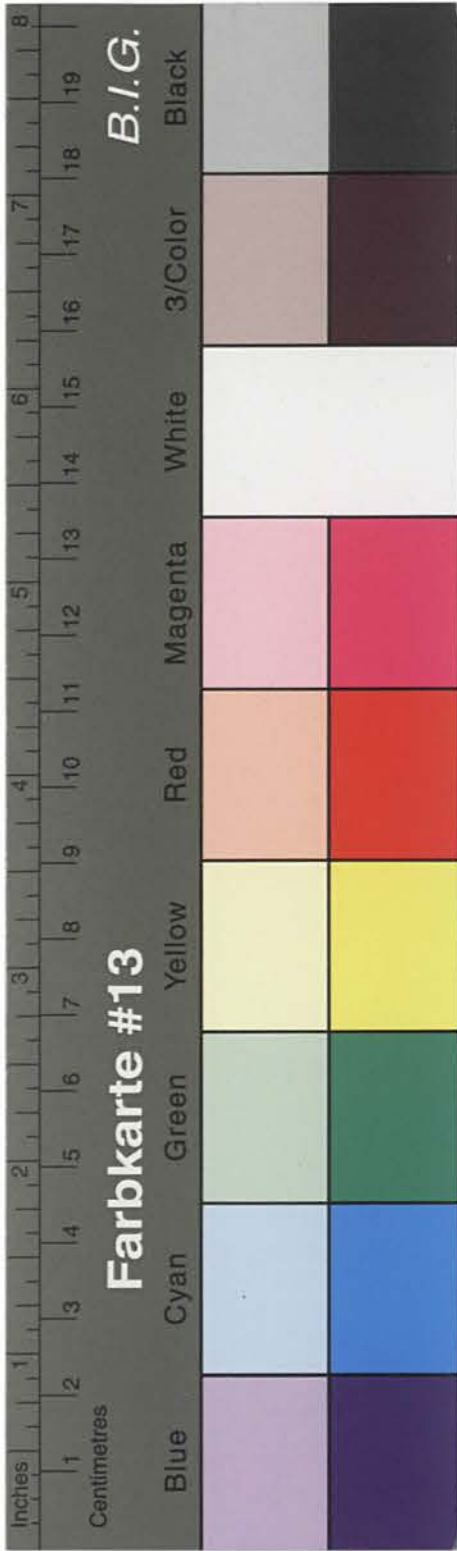
II. Verfolgte(r)
(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableitet)

1. Name:
Vornamen:
Geburtstag und -ort (Kreis, Land):
.....
.....
Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land):
.....
.....
(Straße und Haus-Nr.)

gestorben am:
in (Kreis, Land):
Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung:
Staatsangehörigkeit: frühere: letzte:

2. Beruf:
Erlernter Beruf:
Letzte berufliche Tätigkeit:

3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?



Kreisarchiv Stormarn B2

III. Weitere Angaben über die Person des(r) Anspruchsberechtigten und des(r) Verfolgten:

	Anspruchs- berechtigte(r)	Verfolgte(r) (Nur auszufüllen, wenn auch Abschnitt II ausgefüllt ist)
1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen:		
a) Mitgliedschaft bei der NSDAP:	ja / nein	ja / nein
	von _____ bis _____	von _____ bis _____
b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP: Bei welchen?	ja / nein	ja / nein
	von _____ bis _____	von _____ bis _____
2. Im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung:		
a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. 5. 1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als 3 Jahren:	ja / nein	ja / nein
b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. 5. 1945:	ja / nein	ja / nein
3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 1. 1. 1947:		
b) Letzter inländischer Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land), wenn vor dem 1. 1. 1947 gestorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen:		
c) bei Heimkehrern: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Heimkehr:		
d) Bei Vertriebenen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Vertreibung:		
e) bei Sowjetzonenflüchtlingen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Flucht:		
f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. 1. 1947: In welchem Lager (Kreis, Land)?		
Wohin nach dem 31. 12. 1946 ausgewandert?		
Als heimatloser Ausländer in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergegangen? Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:	ja / nein	ja / nein
4. Nur auszufüllen von Angehörigen der besonderen Verfolgengruppen und deren Hinterbliebenen.		
a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten: Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin?		
b) Bei Staatenlosen oder politischen Flüchtlingen: Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatlichen Organisationen?		
c) Verfolgt aus Gründen der Nationalität?		ja / nein

IV. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für:

1. Schaden an Leben (§§ 14, 15 Abs. 6) Rente und Kapitalentschädigung als Hinterbliebene(r) eines(r) durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getöteten oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorbenen Verfolgten:	ja / nein
2. Schaden an Körper und Gesundheit (§ 15) a) Heilverfahren: b) Rente und Kapitalentschädigung:	ja / nein ja / nein ja / nein
3. Schaden an Freiheit (§ 16) durch Freiheitsentziehung	
in _____ vom _____ bis _____	
in _____ vom _____ bis _____	
in _____ vom _____ bis _____	
in _____ vom _____ bis _____	
in _____ vom _____ bis _____	
insgesamt = _____ volle Monate	
4. Schaden an Eigentum und Vermögen (§§ 18 — 24)	
a) durch Zerstörung, Verunstaltung, Plünderung, Flucht oder Auswanderung:	ja / nein
b) durch Sonderabgaben und Reichsfluchtsteuer:	ja / nein
c) durch Geldstrafen, Bußen und Kosten:	ja / nein
d) durch sonstige schwere Schädigung:	ja / nein
5. Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 25 — 55)	
a) durch Verdrängung aus oder Beschränkung in einer selbständigen Erwerbstätigkeit einschl. land- oder forstwirtschaftlicher oder gewerblicher Tätigkeit:	ja / nein
b) in einem privaten Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Entlassung, vorzeitiges Ausscheiden oder Versetzung in eine erheblich geringer entlohnte Stelle:	ja / nein
c) durch Ausfall an Bezügen im öffentlichen Dienst für die Zeit vor dem 1. 4. 1950:	ja / nein
d) durch Ausschuß von der erstrebten Ausbildung oder durch deren erzwungene Unterbrechung:	ja / nein
6. Versicherungsschaden außerhalb der Sozialversicherung (§§ 56 — 63) durch Schädigung in einer Lebensversicherung:	ja / nein

V. Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen)

1. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadenersatzansprüche geltend gemacht?

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?	Wann?	Aktenzeichen

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden?

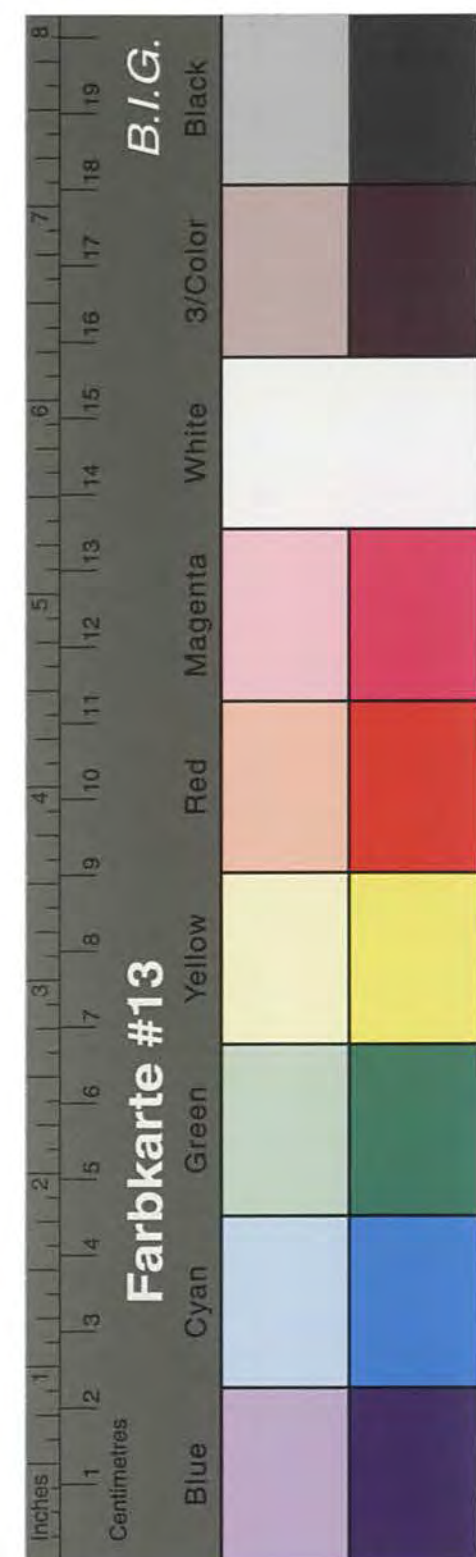
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im In- und Ausland Geld- oder Sachleistungen von Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen erhalten?

Art der Leistungen	Von welchen Stellen?	Wann?	RM	DM

2. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht?

Wegen welcher Vermögensgegenstände?	Bei welchen Stellen?	Aktenzeichen:



- 4 -

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen...

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl.-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil.-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden? ja / nein

VI. Dem Antrag sollen beigelegt werden:

- Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges
- Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
- Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Photokopien)

Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Entscheidungen der Entnazifizierungsbehörden, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Anspruchsberechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Aenderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

wurden bereits an _____ (Behörde) oder _____ (Gericht) _____ (Aktenzeichen) zu _____ -Verfahren eingereicht.

VII. Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise zu versagen ist, wenn der Anspruchsberechtigte sich, um Entschädigungsleistungen zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wissentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.
Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

Bad Oldesloe, _____, den _____
(Ort) (Datum)

Heinrich Heinen
(Unterschrift)

Dem Antrag sind 1 Anlagen beigelegt, und zwar:

- Eine Begründung des Entschädigungsantrages.
-
-
-
-
-
-
-
-
-

Nachdruck verboten. „Buchkunst“, Berlin W 35